

STELLUNGNAHME VOM 23. OKTOBER 2020

STELLUNGNAHME DES LANDESJUGENDRINGS NRW ALS SACHVERSTÄNDIGER IM RAHMEN DER ANHÖRUNG DES HAUSHALTS- UND FINANZAUSSCHUSS AM 29. OKTOBER 2020

*Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz
2021)*

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/11100

Als Landesjugendring NRW bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Haushaltsgesetz 2021. Wir begrüßen die Anstrengungen der Landesregierung, die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen langfristig und nachhaltig abzusichern.

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder- und Jugendliche

Die Ausnahmesituation durch die Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der Covid-19 Pandemie hat im Bereich der Jugendpolitik wie ein Brennglas gewirkt. Es ist vielerorts deutlich geworden, welche Systeme und Institutionen sich im Sinne junger Menschen als krisensicher bewährt haben und welche nicht.

Dabei sind Kinder und Jugendliche großen und besonderen Belastungen ausgesetzt gewesen und nach wie vor ausgesetzt – ohne Teil der öffentlichen Diskussion zu sein und in ihrer eigenständigen Lebensphase wahr- und ernstgenommen zu werden. Junge Menschen haben ohnehin geringere Möglichkeiten, ihre Lebenssituation eigenständig zu gestalten und dies ist in der Krise besonders deutlich geworden. Eine strukturelle und nachhaltige Verankerung einer Eigenständigen und Einmischenden Jugendpolitik kann und muss das ändern.

Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit

Vor diesem Hintergrund sind wir der Landesregierung und insbesondere dem zuständigen Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration dankbar, dass die Absicherung der gerade in diesen Zeiten wichtigen wie schwierigen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen jederzeit gewährleistet war.

Fortführung der Dynamisierung des Kinder- und Jugendförderplans (KJFP)

Mit der Dynamisierung des Kinder- und Jugendförderplans wurde 2018 ein Instrument geschaffen, dass der Praxis der steigenden Kosten in der Jugendarbeit nun deutlich besser gerecht wird, als dies bis dahin der Fall war. Eine stabile auskömmliche Förderung der Jugendverbände ist ein wichtiger Baustein einer demokratischen Zivilgesellschaft, da Kinder und Jugendliche in den Jugendverbänden Demokratie erlernen, indem sie sehr frühzeitig in alle sie betreffenden Entscheidungen – inklusive der Möglichkeit zu wählen und gewählt zu werden – einbezogen sind.

Stellungnahme

**STELLUNGNAHME DES LANDESJUGENDRINGS NRW
ALS SACHVERSTÄNDIGER IM RAHMEN DER ANHÖRUNG DES HAUSHALTS-
UND FINANZAUSSCHUSS AM 29. OKTOBER 2020**

Wir begrüßen es von daher sehr, dass im Haushaltsplan für das Jahr 2021 dem weiterhin Rechnung getragen wird.

Integration

Ein großer Teil der in den letzten Jahren nach Deutschland migrierten Menschen ist minderjährig. Von daher begrüßen wir es, dass auch für das kommende Jahr im Bereich der Jugendarbeit eine entsprechende Summe für die Integration junger Menschen mit Fluchthintergrund vorgesehen ist.

Langfristig muss es das Ziel sein, diese Menschen in die Regelarbeit der Jugendverbände und der anderen freien Träger zu überführen. Dies wird eine Überführung der bisher verausgabten Mittel in den Kinder- und Jugendförderplan mittelfristig notwendig machen.

Schuldentilgung

Angesichts der Covid-19 Pandemie ist es verständlich, dass eine aus Sicht von Kindern und Jugendlichen langfristig notwendige Schuldentilgung im Jahr 2020 nicht möglich war und für das Jahr 2021 nicht ins Auge gefasst wird. Grundsätzlich darf das heutige Wirtschaften aber nicht zu Lasten der jungen Generation gehen.

Insofern wünschen wir uns auch eine ehrliche und transparente Kommunikation hinsichtlich des von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsgesetzes. Wenn zum Ausgleich der coronabedingten Steuermindereinnahmen neue Kredite aufgenommen werden müssen, ist dies faktisch eine Neuverschuldung des Landes, die auch so benannt werden sollte.

Investitionen

Aus Sicht von Kindern und Jugendlichen sind langfristige und nachhaltige finanzielle Investitionen in unser Gemeinwesen unabdingbar. Dabei kommen dem Bildungsbereich (der weit mehr umfasst als schulische Bildung!) und der Demokratieförderung eine besondere Bedeutung zu. Daneben sind stärkere Anstrengungen für ein klimagerechtes Wirtschaften unabdingbar. Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände nehmen sich hiervon nicht aus und haben sich von daher verpflichtet, ihre Arbeit selber mittelfristig klimaneutral zu gestalten.

Zu einem klimagerechten Wirtschaften gehört aber auch der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Netzausbau in ländlichen Bereichen. Beides sind wesentliche Bausteine gesellschaftlicher Teilhabe junger Menschen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass die im Landesjugendring NRW zusammengeschlossenen Jugendverbände und ihre Mitglieder nach wie vor erwarten, echte politische Beteiligung von Jugendlichen durch die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen umzusetzen und dass dies in eine umfassende Jugendstrategie der Landesregierung eingebettet wird.